



DocID: 2668805

MediaID: 0016

Color: 3

Category: Finanzwesen / Finances publiques/Ehepaar- und Familienbesteuerung / Imposition de couples mariés et de la famille
Order: 0050917 Topic: 0050917.78 Size: 43683mm²

Abzug für Ehepaare – aber für alle?

Von **René Lenzin, Bern**

Bundes- und Ständerat wollen die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren rasch beseitigen. Umstritten ist jedoch, ob auch traditionelle Familien mit Sofortmassnahmen zu entlasten sind.

«Manchmal frage ich mich, auf welchem Planeten wir leben», sagte Simonetta Sommaruga (SP, BE) in der gestrigen Ständeratsdebatte zur Ehepaarbesteuerung. Immer mehr verheiratete Frauen gingen auch nach der Geburt ihrer Kinder einer Erwerbsarbeit nach. Da sei es doch nicht mehr zeitgemäss, mit der Giesskanne Steuergeschenke an Einverdiener-Ehepaare mit hohem Einkommen zu verteilen.

Wie alle andern Mitglieder des Ständerats zeigte sich Sommaruga zwar bereit, Steuerausfälle in Kauf zu nehmen, um die so genannte Heiratsstrafe zu beseitigen: Ehepaare mit zwei Einkommen sollen gegenüber Konkubinatspaaren in gleichen Verhältnissen nicht mehr benachteiligt sein. Sie wehrte sich aber dagegen, mit der gleichen Vorlage auch noch Ehepaare steuerlich zu entlasten, bei denen nur ein Partner erwerbstätig ist.

CVP und SVP wahren die Tradition

Bereits in der vorberatenden Kommission war Sommaruga jedoch mit ihrem Ansinnen gescheitert. Neben der SP unterstützten sie nur einzelne Freisinnige. Für die traditionelle Rollenverteilung schlugen sich hingegen CVP und SVP in die Bresche. «Ich hoffe, dass auf diesem Planeten auch die Einverdienerpaare noch einen Platz haben», wandte sich gestern Christoffel Brändli (SVP, GR) an die Adresse Sommarugas. Sein Schaffhauser Parteikollege Hannes Germann fragte: «Wollen wir wirklich diejenigen schlechter stellen, die unbezahlte Erziehungs- oder Freiwilligenarbeit leisten?» Und Urs Schwaller (CVP, FR) will nicht, dass die Heiratsstrafe durch eine «Erziehungsstrafe für Einverdiener-Ehepaare» ersetzt wird. Noch hat der Stän-

derat nicht entschieden, denn das Ende der Debatte und die Abstimmung mussten aus zeitlichen Gründen auf Donnerstag verschoben werden. Aber es zeichnet sich eine breite Unterstützung für den Vorschlag des Bundesrats und der Kommissionmehrheit ab:

■ **Doppelverdiener-Ehepaare** können die Hälfte des tieferen Lohns vom steuerbaren Einkommen abziehen. Dieser Zweiverdienerabzug beträgt mindestens 7600 und höchstens 12 500 Franken pro Jahr. Er soll die Ungleichbehandlung gegenüber den Konkubinatspaaren mildern.

■ **Zudem können alle Ehepaare** einen Abzug von 2500 Franken geltend machen. So will die Politik verhindern, dass Ehepaare mit einem Lohn steuerlich wesentlich schlechter fahren als Doppelverdiener-Ehepaare mit gleich hohem Einkommen.

Gemäss bundesrätlicher Botschaft lässt sich die Heiratsstrafe mit diesen Abzügen bei 160 000 Ehepaaren beseitigen. Bei weiteren 80 000 würde die Diskriminierung abgeschwächt. Nicht erwähnt, aber aus den Grafiken in der Botschaft ersichtlich ist, dass die Massnahmen die bereits bestehende Diskriminierung von Konkubinatspaaren teilweise noch verstärken: Bis zu einem Einkommen von 100 000 Franken zahlen unverheiratete Paare mehr Steuern als verheiratete in gleichen Verhältnissen.

Steuerausfälle von 650 Millionen

Die neuen Abzüge führen zu Steuerausfällen von 650 Millionen pro Jahr. 540 Millionen fallen beim Bund an, 110 Millionen bei den Kantonen. Finanzminister Hans-Rudolf Merz hatte schon früher angekündigt, dass diese Ausfälle durch Minderausgaben zu kompensieren seien. Wo er den Rotstift ansetzen will, liess er aber bisher offen. Effektiv einsparen muss er laut Botschaft nur 440 Millionen, weil die Massnahmen einen Wachstumseffekt auslösen und die Steuerverwaltung die Einnahmen durch mehr Effizienz erhöhen soll.

Erst später entschieden wird über eine grundsätzliche Reform der Familiensteuer. Zur Debatte stehen die Individualbesteuerung oder das Splitting (gemeinsame Veranlagung zu einem tieferen Satz).





14.06.2006

Seite / Page: 0002

TagesAnzeiger

Aufl. / Tir 231182
6x wöchentlich

DocID: 2668805

MediaID: 0016

Color: 3

Category: Finanzwesen / Finances publiques/Ehepaar- und Familienbesteuerung / Imposition de couples mariés et de la famille
Order: 0050917 Topic: 0050917.78 Size: 43683mm²

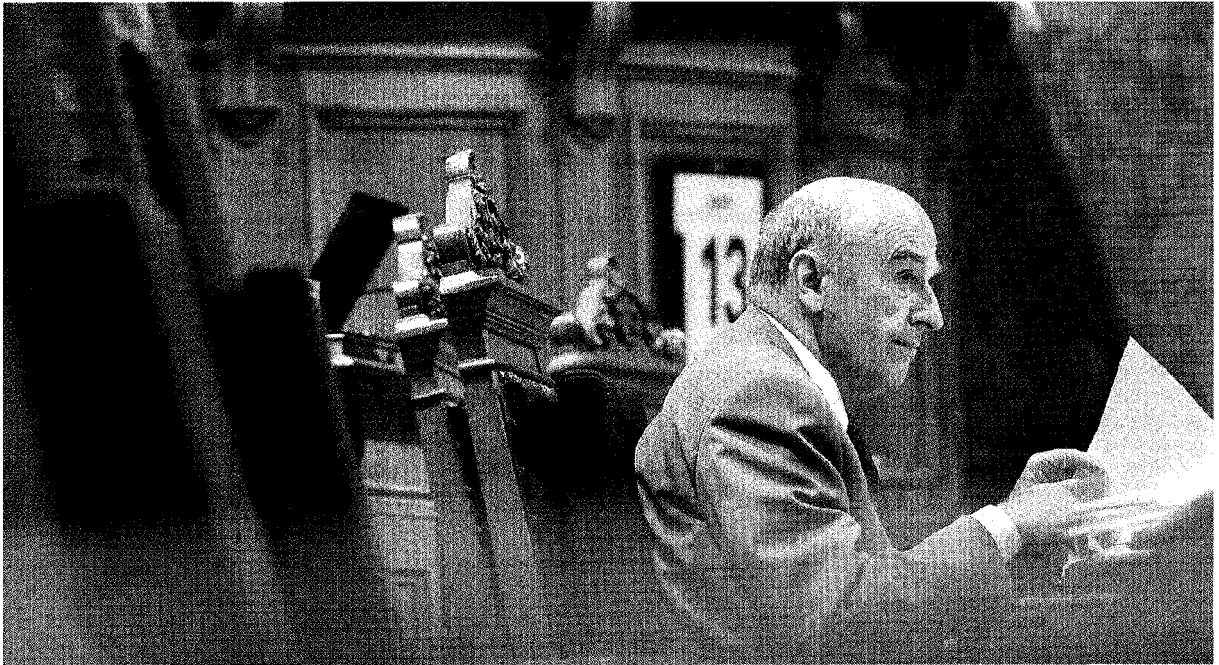


BILD BEATRICE DEVENES

Finanzminister Hans-Rudolf Merz muss Steuerausfälle von 440 Millionen Franken kompensieren.